

Antragsstellerin: AsF-Unterfranken

Resolution

Hebammen brauchen unsere Unterstützung - Für eine dauerhafte Lösung des Haftpflichtproblems!

Hebammen leisten einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag für die medizinische Versorgung von Schwangeren, Müttern und Familien. Die Versorgung mit Hebammenhilfe muss deshalb dauerhaft gesichert sein.

In den vergangenen Jahren mussten immer mehr freiberufliche Hebammen aus dem Beruf und insbesondere der Geburtshilfe aussteigen, da die Haftpflichtprämien überproportional gestiegen sind. Für freiberuflich in der Geburtshilfe tätige Hebammen hat sich die Prämie in den letzten zehn Jahren trotz abnehmender Schadenszahlen verzehnfacht bei weiterhin zu niedriger Vergütung. Im ländlichen Raum ist die Geburtshilfe gefährdet, denn hier arbeiten auch Kliniken vielfach nur noch mit freiberuflichen Hebammen.

Auf Basis der Ergebnisse einer interministeriellen Arbeitsgruppe "Versorgung mit Hebammenhilfe" wurden Vorschläge erarbeitet, mit denen Hebammen in Deutschland entlastet werden sollen. Erste Regelungen hat der Deutsche Bundestag Anfang Juni 2014 beschlossen. Diese sind zum 1. Juli 2014 in Kraft getreten.

Dies ist ein erster wichtiger Schritt zur Lösung des Hebammenhaftpflichtproblems. Diese Bemühungen müssen fortgesetzt werden. Wir wollen dauerhaft eine flächendeckende und qualitätsgesicherte Versorgung mit Geburtshilfe und damit die Wahlfreiheit werdender Eltern sicherstellen. Dafür bedarf es weiterhin einer langfristigen Lösung. Es besteht insbesondere Handlungsbedarf bei der Klärung der Frage der Regressfreiheit und der Gewährleistung eines Gruppenversicherungstarifes über das Jahr 2016 hinaus.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die Partei deshalb dazu auf, sich weiterhin massiv dafür einzusetzen, dass freiberufliche Hebammen auch nach Mitte 2016 weiterhin ihren Beruf ausüben können.

Die Zeit läuft gegen die Hebammen!